©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MICHAEL LEMKE

KAMPAGNEN GEGEN BONN

Die Systemkrise der DDR und die West-Propaganda der SED 1960–1963*

1. Die Krise des realen Sozialismus in der DDR und das politische Dilemma der SED

Zu Beginn des Jahres 1960 spitzte sich die an sich schon unerfreuliche Situation in der DDR krisenhaft zu. Die schwachbrüstige Wirtschaft – sie schien sich in den Vorjahren etwas erholt zu haben – litt unter Entzugserscheinungen. Trotz zusätzlicher sowjetischer Lieferungen[1] kam es zu einer weiteren Verknappung bei Materialien und Rohstoffen, waren Produktionsketten unterbrochen, „haperte" es überall. Die Versorgungslage entwickelte sich ebenfalls bedenklich. Engpaß reihte sich an Engpaß. Vor allem mangelte es an hochwertigen Industrieerzeugnissen[2] und an Lebens-

* Der folgende Beitrag entstand im Rahmen eines Projektes über nationale Konzeptionen und Grundlagen der Deutschland- und Außenpolitik der SED 1949–1963, das der Vf. als Mitarbeiter der „Zeithistorischen Studien", Forschungsschwerpunkt in der Förderungsgesellschaft Wissenschaftlicher Neuvorhaben m. b. H. (Leiter: Jürgen Kocka), bearbeitet.

[1] Nikita Chruschtschow war seit Ende der 50er Jahre gewillt, die DDR – trotz deren im Vergleich mit der UdSSR höheren Lebensstandards – ökonomisch vor allem deshalb stärker zu unterstützen, weil die sowjetische Führung das kommunistische Deutschland als ein anziehendes Schaufenster für den Westen zu gestalten gedachte. Die Überlegenheit des Sozialismus sollte pars pro toto unter Beweis gestellt werden. Neben anderen Ursachen war es vor allem die ungenügende sowjetische Leistungsfähigkeit, die tatsächlich wirksame Hilfen – nie ohne Eigennutz gewährt – stark einschränkte. Wichtiges Motiv des sowjetischen Engagements war freilich auch die Absicht, die Lage im Innern der DDR zu stabilisieren, vor allem der Fluchtbewegung entgegenzuwirken. Vgl. Notizen Grotewohls von der Rede Chruschtschows auf der Tagung der kommunistischen und Arbeiterparteien der Staaten des RGW in Mokau, 20.–23. 5. 1958, in: Zentrales Parteiarchiv (ZPA), Nachlaß Grotewohl (NL 90), 468, Bl. 167 und Protokoll der Sitzung des Demokratischen Blocks vom 4. 2. 1957, in: Ebenda, 506, Bl. 14 f.

[2] Dazu trug die chronische Devisenknappheit gehörig bei. Zahlungs- und Handelsschwierigkeiten häuften sich aber auch gegenüber dem RGW-Bereich. Unter immensem innenpolitischem Druck verfügte das Politbüro Anfang August 1961 einen „Stopp für die Auslieferung von Konsumgütern im Export" – was die ökonomische Talfahrt nur noch beschleunigte. Vgl. Sitzung des Politbüros am 8. 8. 1961, Protokoll 40/61, in: ZPA, J IV 2/2/782, Bl. 4.
Die Schulden im Außenhandel, der „nicht gesicherte Import entscheidener Rohstoffe" z. B. bei Walzstählen, nahmen, einschließlich der Tatsache, daß der staatliche Außenhandel keine Exportmöglichkeiten mehr besaß, scharfe Formen an, gefährdeten Produktion und Versorgung, verringerten die bit-

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mitteln[3]. Die Parteiführung erreichten verschiedene Zeichen für die wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Hatten 1959 „nur" 144917 Bürger der DDR das Land in Richtung Westen verlassen, so waren es 1960 bereits knapp 200000; bis Mitte August 1961 flohen noch einmal 159700. Unter den Bedingungen einer offenen Grenze zu Westberlin blutete die sozialistische deutsche Republik allmählich aus. Eine Reihe wirtschaftlicher Fehlleistungen kam – bei Lichte gesehen – ganz „nach Art des Hauses" zustande. So brachte 1960 der „sozialistische Frühling" in der Landwirtschaft, die so prosaisch umschriebene Zwangskollektivierung, eine spürbare Verschlechterung der Lebenssituation vor allem der Landbevölkerung.

Die Bauern ganzer Dörfer setzten sich ab, ihre Höfe verödeten. Die Verantwortlichen in Partei und Regierung bekamen aber Bevölkerungswiderstände auch in verschiedenen anderen, zumeist passiven Formen zu spüren[4]. Die Führung der DDR sah

---

ter notwendigen Investitionen weiter. In dieser Situation erhöhte sich die Abhängigkeit von der Sowjetunion, aber auch von anderen Gläubigerstaaten, deren Exporte in die DDR zu einem großen Teil mit kurzfristigen Krediten bezahlt worden waren. Die starke Auslandsverschuldung im Westen – 1960 betrug sie 535 Mio. Valutamark – machte es der DDR unmöglich, wie Bruno Leuschner als Chef der Plankommission klagte, die für 1961 geplanten Importe „aus eigener Kraft in voller Höhe" zu sichern; es entstünde „eine starke Belastung für den Volkswirtschaftsplan". Vgl. den Bericht Leuschners: „Offene Probleme des Volkswirtschaftsplans 1961", Sitzung des Politbüros am 12./13.7. 1960, Anlage Nr. 2 zum Protokoll 30/60, in: Ebenda, J IV 2/2/711, Bl. 17–24.

[3] Zusätzliche Importe von Lebensmitteln waren vorrangig ein Ergebnis des Zurückbleibens der landwirtschaftlichen Marktproduktion. Die Folgen der rigorosen Umgestaltung der Besitzverhältnisse im Agrarbereich schlugen ab Mitte 1961 sichtbar durch. Das Politbüro gestand sich gravierende Schwierigkeiten bei der Versorgung ein. An bestimmten Orten sei ihre Stabilität nicht mehr gewährleistet. Schwer wogen „Stockungen in der Brotversorgung und der Versorgung der Kleinkinder mit Milch". Vgl. die Sitzung des Politbüros am 13.6.1961, Anlage Nr. 1 zum Protokoll 26/61, in: Ebenda, J IV 2/2/768, Bl. 8.
Die Agrarkrise erreichte 1962/63 einen Höhepunkt. Die Butter wurde knapp, Reserven schmolzen – buchstäblich – dahin. Dieser Mangel war vor allem dem Fehlen von Futtermitteln geschuldet. Die allgemeine Ratlosigkeit der Parteiführung verstärkte die Tendenz zu Halbheiten und „Flickschustereien"; so wurden die Schulen und die Pionierorganisation aufgefordert, fleißig (natürlich im Rahmen eines Wettbewerbs) Kastanien und Eicheln zu sammeln, die Parteiführung ordnete für alle Staatsorgane Sparmaßnahmen und Kaufverbote an, verschärfte Kontrollen. Vgl. die Sitzungen des Politbüros am 19.3.1962, Anlage 9 zum Protokoll 13/62, am 31.7.1962, Anlage Nr. 1 zum Protokoll 34/62, und am 30.1.1962, Anlage Nr. 1 zum Protokoll 4/61, in: Ebenda, J IV 2/2/820, Bl. 38, 841, Bl. 23 und 811, Bl. 8.

[4] Bereits im Juli 1960 machten verschiedene Bezirks- und Kreisleitungen der SED das für Propaganda zuständige Politbüromitglied Albert Norden auf den z.T. erheblichen Rückgang der Abonnenten der Parteipresse aufmerksam. Von April bis Juli des Jahres kündigten ca. 60000 Festabnehmer, in den Monaten Juli und August 1962 mußten die SED-Blätter mangels Nachfrage ihre Auflagen in den Bezirken z.T. drastisch kürzen. Aus dem Kreis Freital wurde eine als ernst bezeichnete Tendenz bekannt, die Fernsehgeräte bei der Post abzumelden. Vgl. Schreiben der ZK-Abteilung Presse vom 18.7.1960 an Norden und Meldung vom 3.8.1962, in: ZPA, IV 2/2028/32 und 2/2028/34.
Als in der Mitte des Jahres 1961 ein akuter Mangel an Speisekartoffeln eintrat, kam es in verschiedenen Bezirken und Kreisen der DDR zu Unruhen. In Brandenburg z.B. erklärten die empörten Arbeiter, ihre Arbeit erst dann wieder aufnehmen zu wollen, wenn sie Kartoffeln erhielten, in Babelsberg versammelten sich ca. 700 Personen, die meisten unter ihnen Hausfrauen, und blockierten aus Protest

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich durch einen ganzen Komplex innenpolitischer Schwierigkeiten veranlaßt, verschiedene administrative Maßnahmen zu verschärfen. In diesem Prozeß vergrößerte sich der unproduktive Staatsapparat binnen kürzester Zeit explosionsartig. Der fatale circulus vitiosus von wirtschaftlicher Ineffektivität und Verstärkung der Bürokratie beschleunigte sich, entwickelte eine eigene Schwerkraft. Partei und Staat wuchsen noch stärker zusammen, die Chancen einer zumindest partiellen Demokratisierung der spätstalinistischen Diktatur, von längst überfälligen Reformen, schienen stärker denn je in Frage gestellt.

Im gleichen Maße ungünstig verlief für die SED-Führung der deutschland- und außenpolitische Prozeß. Die Berlinkrise – durch das Chruschtschow-Ultimatum vom 27.11.1958 ausgelöst – erreichte einen neuen Höhepunkt: Der Kalte Krieg schlug erneut auf die zwischendeutschen Beziehungen durch. So nahm die DDR z.B. eine an sich bedeutungslose Veranstaltung von Landsmannschaften, die wieder einmal gegen die Oder-Neiße-Grenze kräftig ins Horn bliesen, zum Anlaß, im September 1960 für westdeutsche Ostberlin-Besucher eine Aufenthaltsgenehmigung einzuführen. Bonn kündigte – allerdings nicht ohne Vorwarnung und nicht ohne Kompromißofferte[5] – im Gegenzug das für die Wirtschaft der DDR immens wichtige Interzonen-Handelsabkommen.

Straßen und Bürgersteige. Die Polizei war machtlos. In Frankfurt/Oder und anderen Städten des gleichnamigen Bezirks wurden wegen fehlender Kartoffeln „Diskussionen gegen die Politik von Partei und Regierung geführt, wobei es zu offenen Provokationen kam". In den Betrieben erklärten die Arbeiter, die SED werde ihre „Quittung" sehr bald erhalten. Hausmitteilungen der Abteilung Parteiorgane des ZK an Norden vom 13.7.–17.7.1961, in: Ebenda, IV 2/2028/43.
Schwer wog, daß – von den DDR-Medien verschwiegen – sich im Sommer 1961 eine regelrechte Austrittsbewegung aus den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu formieren begann. Vor allem im Bezirk Gera und in den mecklenburgischen Kreisen Parchim und Lübs registrierte die Partei bei vielen Genossenschaften „ernsthafte Auflösungserscheinungen". Vgl. ebenda. Alarmierend wirkten Meldungen über den erheblichen Anstieg der Tierverluste, die man zum Teil auf Sabotage und Böswilligkeit zurückführte: 1960 verendeten über 15 Prozent der Schweine, 30 Prozent der Ferkel, knapp 5 Prozent des Rinderbestandes. Im ersten Halbjahr 1961 stiegen darüber hinaus die Verfahren wegen „Hetze und Staatsverleumdung" von 6465 (1960) auf 8817 an. Vgl. ebenda und Sitzung des Politbüros vom 11.7.1961, Anlage Nr.4 zum Protokoll 33/61, in: Ebenda, J IV 2/2/775, Bl. 28, 32.

[5] Noch am 28.9.1960 teilte der Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, Kurt Leopold, in einem geheimen Gespräch – nur das verantwortliche Politbüromitglied Heinrich Rau und Ludwig Erhard sollten darüber informiert werden – dem zuständigen Abteilungsleiter im DDR-Ministerium für Außen- und innerdeutschen Handel mit, „daß die Bundesrepublik fest entschlossen sei, in Kürze den innerdeutschen Handel einzustellen, wenn nicht von unserer Seite eine bestimmte Geste erfolgt". Die DDR könne davon überzeugt sein, so Leopold, daß alle Schritte der Bundesregierung in Übereinstimmung mit ihren Verbündeten erfolgt und abgesprochen sind. Am 29.9. träfen sich Brandt und Vockel mit Adenauer, um über den Abbruch und seine Folgen zu beraten. Der Emissär erbat eine Antwort bis zum 29.9. mittags dahingehend, ob die DDR „ohne Prestigeverlust, den man von Seiten Bonns bewußt vermeiden will", zu einer solchen Geste (möglicherweise Aufhebung der Wasserstraßen- oder Neuverhandlungen der Autobahngebühren) bereit sei. Vermerk über inoffizielles Gespräch Leopolds mit Siemer vom 29.9.1960, in: Ebenda, NL 90, 376, Bl. 298, 301 ff.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hinter der Ostberliner Politik der Nadelstiche gegen die Bundesrepublik stand aber nicht nur die sowjetische Absicht, Bonn und die Westalliierten einer Umwandlung Westberlins in eine „freie Stadt" geneigter zu machen, sondern auch tiefe politische Ratlosigkeit. Vor allem deutschlandpolitisch war keine Perspektive auszumachen. Die SED-Spitze unter der Führung des allmächtigen Walter Ulbricht war bislang zwar nie von ihrer national-politischen „Mission" abgegangen, Gesamtdeutschland dereinst nach dem Modell DDR wiederzuvereinigen, sah nun aber dafür die an sich schon vagen Möglichkeiten weiter schwinden. Den Politbüromitgliedern hätte klar sein müssen, daß die wesentlichste innenpolitische Bedingung für gesamtdeutsch-sozialistische Ausblicke nicht erreicht worden war: die Akzeptanz kommunistischer Politik durch die ostdeutsche Bevölkerung.

Nicht zuletzt dieser Umstand führte zu einer Suche nach starken westdeutschen Bündnispartnern für die deutschlandpolitische Zielsetzung. Diese bestand immer mehr darin, die Position der SED in der innerdeutschen geistigen und politischen Auseinandersetzung – bei gleichzeitiger Destabilisierung der Verhältnisse in der Bundesrepublik – zu verbessern. Potentielle Verbündete erblickte die SED in der SPD, was sie aber nicht daran hinderte, die westdeutsche Sozialdemokratie vor allem aus ideologischen Gründen heftig zu attackieren. Eine Art politischer Schizophrenie, die nicht selten den Eindruck von Haßliebe erweckte, resultierte aus der Praxis der SED, die als „Klassenbrüder" Angesprochenen gleichzeitig zu hofieren und zu verdammen. Der im März 1959 von der SPD entwickelte Deutschlandplan schien dem Politbüro in der Sache (Rüstungsstop, atomwaffenfreie Zone, Austritt beider Staaten aus den Militärblöcken, kollektives Sicherheitssystem, gesamtdeutsche Konferenz u. a. m.) entgegenzukommen, war ihm jedoch aus ideologischen Gründen (freie Wahlen, Selbstbestimmung) ein Übel[6]. Dennoch bot der Plan, von der Westkommission des ZK intern als „konterrevolutionär" eingestuft, der SED die Möglichkeit eines neuen deutschlandpolitischen Anlaufes. Ihr an den SPD-Parteivorstand gerichteter Brief (der 59. dieser Art) vom 5. 4. 1959 offerierte den Sozialdemokraten in vergleichsweise moderatem Ton gemeinsame Beratungen. Politbüromitglied Hermann Matern, ein Altstalinist reinsten Wassers, enthüllte intern die Absicht der Aktion. Durch ein „stärkeres Manövrieren" in Westdeutschland wolle man mehr Spielräume erlangen; die SPD müsse mit Hilfe der SED „die richtige Diskussion zu der Deutschlandfrage" entfalten. Der eigentliche Sinn des Briefes sei aber der, „die Gegensätze zwischen SPD und CDU zu verschärfen"[7].

Der Parteivorstand der SPD lehnte das Gesprächsangebot nicht nur schnöde ab, sondern begann sich – zum Ärger der SED – in den folgenden Monaten stärker dem außenpolitischen Kurs des in „Pankow" bestgehaßten Mannes – Adenauer – anzunähern. Als die SPD am 30. 6. 1960 mit der denkwürdigen Rede von Herbert Wehner sich gar zu den von der Bundesregierung geschaffenen außen-, deutschland- und bündnispolitischen Tatsachen bekannte, hätte für Ulbricht und das Politbüro die Stunde der

[6] ZK-Westkommission, Stellungnahme vom 15. 3. 1959, in: Ebenda, IV 2/1002/124.
[7] Hermann Matern, Zum Deutschlandplan der SPD, März 1959, in: Ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Desillusionierung schlagen müssen. Die Umorientierung der SPD entzog dem Politbüro nicht nur einen zumindest theoretisch bestehenden deutschlandpolitischen Ansatz. Das Nein der Sozialdemokraten zu einem gemeinsamen „Patriotismus" mit der SED vereitelte außerdem jede Möglichkeit, Kontakte zur SPD zu einem Element einer SED-spezifischen Krisenbewältigung zu entwickeln.

Die eiligst einberufene Westkommission erhielt den Auftrag, die Behandlung der SPD nach deren „Umfall" konzeptionell umzustellen. Die Kommission wählte die größere Illusion. Ihr Konzept vom 6.7. 1960 ging von der Notwendigkeit aus, das Parteivolk der SPD von seiner „kapitulantenhaften" Führung zu isolieren. Das ZK bedauerte: Die größte „Schwäche" der SPD bestünde darin, daß es „noch kein ideologisches und organisatorisches Zentrum der Opposition" parteiinterner Art gebe. Dieses müsse man nun mit Hilfe der SED schaffen[8]. Den Mißerfolg konnte die SED um so weniger auf sich beruhen lassen, als sie (im Unterschied zur Bundesregierung) – im eigenen Land ohne demokratische Legitimation und ökonomische Erfolgsbilanzen – gerade in der Krisensituation auf spektakuläre Ergebnisse ihrer nationalen Politik angewiesen war, dies um so mehr, als sie in erster Linie auf die Stabilisierung der Verhältnisse in der DDR zielte und erst in zweiter Linie wirklich westwärts gewandt war.

Das Ausbleiben „nationaler" Erfolge, die in der Regel nur im Reiche der Propaganda zu Buche schlugen, erschwerte auch die Politik der SED um die völkerrechtliche Anerkennung der DDR. Sie wurde seit dem Ende der 50er Jahre mit großem Aufwand zielgerichtet, wenngleich hektisch und oft kampagnenhaft betrieben. Eine Reise des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl im Januar 1959 – sie eröffnete offensichtlich eine neue Etappe der Anerkennungspolitik – ließ die Richtung erkennen: Naher Osten und Indien. Die gemessen an ihrer Zielstellung nur als diplomatischer Mißerfolg der DDR zu qualifizierende Offensive in Kairo, Bagdad und Neu Delhi war sicher einer politisch von Anfang fragwürdigen, wenngleich erfolgreichen, Hallsteindoktrin geschuldet. Doch zeigte sich vor allem in Indien die ostdeutsche Außenpolitik durch die ihr vom spätstalinistischen System auferlegten Zwänge – innere Unfreiheit, geringe Wirtschaftskraft und außenpolitische Dogmen – gefesselt[9]. Die Mißerfolge in der Anerkennungsfrage trugen zur Eskalation der inneren Probleme bei. Summa summarum: Seit 1960 steckte die DDR in einer umfassenden akuten Krise ihres „realsozialistischen" Systems, und die Politik der SED befand sich in einer Sackgasse.

---

[8] ZK-Westkommission, Vorschläge zur Arbeit mit der Sozialdemokratie [Anfang Juli 1960], in: Ebenda.

[9] Im übrigen – so deuten es die Protokolle der Gespräche zwischen Nehru und Grotewohl an – taktierte der ostdeutsche Politiker ohne übermäßiges diplomatisches Geschick. Er blieb vor allem in der vom indischen Premier angeschnittenen Frage über Ursachen der Republikflucht unglaubwürdig, indem er behauptete, diese „Bevölkerungsbewegung" sei „zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß viele Familien, die (...) unter Kriegseinwirkungen in die östliche Gebiete wanderten, sich wieder vereinigen." Protokoll über die Unterredung zwischen Grotewohl und Nehru 12. 1. 1959, in: Ebenda, NL 90, 491, Bl. 228.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. Die ideologische Offensive als allgemeiner Lösungsversuch

Die Suche nach Auswegen wurde intensiviert. Innenpolitisch, vor allem ökonomisch, gab es für die SED auf der Grundlage stalinistischer Herrschaftssicherung wenig Handlungsspielräume. Da es auch außenpolitisch kaum voran ging, lag es nahe, die Problemlösung auf einem Feld zu suchen, das von der Bundesregierung schwach besetzt war: Deutschland- und Wiedervereinigungspolitik. Boten Friedensvertrag, Berlinlösung, Veränderung der Haltung Bonns durch eine Veränderung der westdeutschen Machtverhältnisse nicht die Möglichkeit, sich die Misere mit einem Schlag vom Hals zu schaffen? Doch zeigte sich schon im Ansatz, daß der gesuchte Ausweg bestenfalls ein „Schleichpfad" werden würde. Die Dokumente der SED jener Zeit reflektieren den fundamentalen Widerspruch zwischen dem deutschlandpolitisch Machbaren und den Wünschen der Verantwortlichen in Ostberlin. Sie spiegeln vor allem ein Phänomen wider, das zwar „realsozialistischer" Politik seit Anbeginn eigen war, nun aber – 1960/61 – geradezu politikkonstituierend wirkte: die Flucht in die Ideologie.

Zum einen gab es das Konstrukt von der steigenden äußeren Bedrohung der DDR durch die „imperialistische" Bundesrepublik, von Kriegsvorbereitung, ideologischer Diversion und Infiltration. Tatsächlich: In dem Maße, wie sich die inneren Schwierigkeiten der SED nach 1960 verstärkten, spitzten sich die Aktivitäten des „Klassengegners" zu, allerdings nur in der Phantasie und Polemik der Partei. Zum anderen wurden nun allgemeine marxistische Postulate noch stärker bemüht. Die Lehren und Dogmen u. a. von der „historischen Mission der Arbeiterklasse", der „Gesetzmäßigkeit des Sieges des Sozialismus", vor allem aber das immerwährende Warten auf die nun bald eintretende Krise des Kapitalismus waren zwar eine geistige Voraussetzung, um Parteimitglieder bei der Stange zu halten, stellten aber eine recht wacklige Basis für die politische Auseinandersetzung in Deutschland dar: zumal im Herbst 1961 Bundestagswahlen ins Haus standen, bei denen das Politbüro mitzumischen gedachte. In völliger Verkennung der Tatsachen beschloß es verstärkte Maßnahmen zur Beeinflussung der Westdeutschen und – dahingehend wurde auch die illegale KPD-Führung am 21.2. 1961 in Berlin informiert – eine „wissenschaftliche" Zukunftsstrategie: Die Bonner Regierung könne fürderhin „nur möglich sein als eine Koalitionsregierung aller Friedenskräfte, von den Vertretern der Gewerkschaft angefangen bis zur nationalen Bourgeoisie. D.h. eine Regierung aus Gewerkschaftlern, Bauern, Vertretern der Intelligenz, die sich ausgezeichnet haben im Kampf gegen die Atomrüstung, und Vertretern der nationalen Bourgeoisie, die Gegner der Atombewaffnung und für Verständigung sind. Eine solche Regierung wird kommen. [...] Das muß man so kategorisch verkünden, daß keiner Zweifel daran hat, daß das nicht die Wahrheit ist."[10]

Ein detaillierter Plan für die Einmischung in den trotz gegenteiliger Äußerungen

[10] So Ulbricht am 21.2. 1961 in der Aussprache des Politbüros von SED und KPD über die Vorbereitung der Bundestagswahl, Berlin, Anlage 1 zum Protokoll Nr. 19/61, in: Ebenda, J IV 2/2/851.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hoch bewerteten Wahlkampf zugunsten aller oppositionellen Kräfte wurde vorgelegt und ein flankierender Propagandafeldzug für einen Friedensvertrag und die „Verwandlung ganz Deutschlands in ein Land des Friedens" eingeleitet. Wichtigstes Element dafür war der nach dem Treffen Kennedys mit Chruschtschow in Wien (3./4.6. 1961) von der DDR Anfang Juli 1961 vorgelegte „deutsche Friedensplan". Seine Vorschläge (u.a. Umwandlung West-Berlins in eine entmilitarisierte „Freie Stadt", Abschluß eines „Abkommens des guten Willens" zwischen beiden deutschen Staaten und deren Aufnahme in die UNO) waren, von Propagandaabsicht und Tendenz abgesehen, in einigen Punkten neu. Der Plan reflektierte zum einen die intensivierten Bestrebungen der SED um eine internationale Aufwertung der DDR, zum anderen aber die Hoffnung, daß die neue ideologische Offensive dazu beitragen könnte, mit einer plakativen Aktion von den sich deutlich verschärfenden inneren Schwierigkeiten abzulenken. Es stellt sich allerdings die Frage, ob das Vorgehen der SED nicht auch schon darauf abzielte, bei einem Scheitern ihres Planes die Mauer als Alternative argumentativ vorzubereiten. Zunächst jedoch signalisierte die Kampagne bei der SED-Führung eine gewisse Haltung des Abwartens. Ulbricht glaubte zwar nicht ernsthaft an eine positive Reaktion der Bundesregierung, beobachtete die Wirkung des „Testballons" Friedensplan in der westlichen Öffentlichkeit jedoch aufmerksam.

Die Aktion lief in der westdeutschen Öffentlichkeit trotz des erhöhten Einsatzes von Material und Instrukteuren völlig ins Leere. Die Ideologen in der zunehmend nervöser agierenden Parteispitze führten das Fehllaufen deutschlandpolitischer Bemühungen, das Anwachsen innenpolitischer Spannungen und Probleme nicht nur auf eine erhöhte Aktivität des „Klassengegners" zurück, sondern im gleichen Maße auf die ungenügende ideologische Arbeit. Ihr geistiges Oberhaupt, Politbüromitglied Albert Norden, der mit seinem „Büro" eine Zentrale der Westarbeit bildete, drängte zu neuen ideologischen Maßnahmen. Im Frühjahr 1961 verschärfte er – auch Ausdruck politischer Ohnmacht – Argumentation und medienpolitische Gangart. So schlug er Ulbricht konkrete Maßnahmen vor, u.a. Flugblattaktionen gegen die Feiern zum 17. Juni und eine Verstärkung der Rundfunkagitation. Das Staatliche Rundfunkkomitee reagierte mit der Klage: „Wir sind in die Lage geraten, daß die feindlichen Rundfunk- und Fernsehsender technisch immer überlegener werden, während wir auf diesem Gebiet mehr und mehr zurückbleiben." Sendetechnisch könne man kaum noch effektiv „zurückschlagen"[11]. Norden sprach harsche Worte der Kritik über die schlechte Arbeit der zuständigen Agitationsabteilung des ZK und initiierte am 10.7.1961 bei Ulbricht – die Lage spitzte sich weiterhin mehr innen- als außenpolitisch zu –, die inzwischen stillgelegte Abteilung Konterpropaganda zu revitalisieren und einen ZK-Sonderdienst einzurichten, der in der Lage sei, „auf neueste Feindargumente sofort zu reagieren und Presse und Rundfunk auch entsprechend anzuweisen"[12]. Ulbricht und Matern wies er am 27.7. auf die Notwendigkeit hin, in den nächsten Wochen „alle aus Westdeutschland einreisenden Besucher in persönlichen Gesprä-

[11] Schreiben des Rundfunkkomitees an Ulbricht vom 29.5.1961, in: Ebenda, IV 2/2028/3.
[12] SED-Hausmitteilung, Norden an Ulbricht vom 10.7.1961, in: Ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen, insbesondere durch die Nationale Front, zu erfassen". Man müsse dabei jedoch wachsam sein und verhindern, daß „konterrevolutionäre Elemente und Provokateure" in die Aussprachen eingeschleust werden[13].

3. Der spezielle Lösungsansatz: die propagandistischen Kampagnen der SED

Am Ende des Jahres 1959 – Anlaß dafür boten die Beschmierung der neuerbauten Kölner Synagoge mit Hakenkreuzen und antisemitischen Losungen[14] sowie ähnlich geartete Aktionen u.a. in Bayreuth, Dinslaken, Göppingen, Hamburg, Offenbach und Rheydt – deutete sich an, daß die SED gewillt war, ihre ideologische Offensive gegen die Bundesrepublik unter Betonung einer ganz bestimmten Richtung zu verstärken. Norden war der spiritus rector der zu Beginn des Jahres 1960 einsetzenden neuen Kampagne der DDR gegen die „renazifizierte Bundesrepublik". Das Koordinationszentrum dafür bildete der generalstabsmäßig organisierte „Ausschuß für deutsche Einheit", dem er, mit weitgehenden Vollmachten der Parteiführung versehen, vorstand. Die in der Tat in vielem „unbewältigte" deutsche Vergangenheit sollte der SED die im ideologischen Kampf wirksamste Waffe schmieden helfen. Zum einen schien sie geeignet, das eigene Staatswesen im Verständnis seiner Bürger als antifaschistisch, daher als einzig rechtmäßig, zu legitimieren, zum anderen Bonn in den Augen der Welt herabzusetzen und der DDR indirekt einen Pfad zur völkerrechtlichen Anerkennung zu bahnen. Ein wichtiges Ziel der bereits laufenden bzw. geplanten Aktionen sollte es sein, „die Adenauer-Regierung zu isolieren", politische Krisen auszulösen und die im Verständnis der SED antifaschistischen Kräfte zu sammeln[15].

Der Führung der einzelnen thematischen oder personellen Kampagnen, die durch übergeordnete Aufgabenstellungen und Themen (Nazismus und Antisemitismus, Remilitarisierung und Atombewaffnung der Bundesrepublik, imperialistische und koloniale Ambitionen Bonns, Diktatur kriegslüsterner Politiker und friedensgefährdender Monopole u.a.m.) verbunden und mit allgemeinen kommunistischen Forderungen (Friedensvertrag, Annahme des sowjetischen Sicherheitsmodells, Umwandlung Westberlins in eine „Freie Stadt" und der Bundesrepublik in einen „friedlichen demokratischen" Staat) gekoppelt wurden, lagen ausführliche „Kampagnepläne" zu Grunde. Sie regelten bis in die Details Ziele und Verantwortlichkeiten, Abläufe, Materialeinsatz und Koordinationsfragen, fixierten vor allem aber, wer in der DDR auf welche Art

[13] SED-Hausmitteilung, Norden an Ulbricht und Matern vom 27.7.1961, in: Ebenda.

[14] Michael Wolffsohn und Ulrich Brochhagen geben an, „daß Stasi und KGB diese Aktionen steuerten"; vgl. Ein Massenmörder macht Politik. Vor 30 Jahren wurde Adolf Eichmann zum Tode verurteilt, in: Süddeutsche Zeitung vom 14./15.12.1991. Auch Hans-Peter Schwarz merkt an, daß Adenauer Informationen des Verfassungsschutzes über eine Stasi-Beteiligung vorlagen; vgl. Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S.529.

[15] Arne Rehahn, Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit des Ausschusses für „Deutsche Einheit" vom 21.12.1960, in: ZPA, IV 2/2028/66, Bl.52.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wen in der Bundesrepublik oder im Ausland ansprechen sollte[16]. In der Regel stützten sich die Konzeptionen auf aktive Sympathisanten und Hilfsorganisationen im Westen und ein gut ausgebautes Netz von Instrukteuren aus der DDR.

Innenpolitisch hatte der politische Feldzug u. a. eine Verschärfung der Bestrafungspraxis gegen nationalsozialistische Straftäter zur Folge. Das war auf eine bittere Art folgerichtig. Die SED wollte ihre eigene „antifaschistische" Konsequenz noch stärker betonen. Als z. B. die Generalstaatsanwaltschaft der DDR im Februar 1960 in einem Prozeß gegen vier wegen Mordes beschuldigter Nazis zwei Todesstrafen und zweimal lebenslänglich beantragte, sprach das Politbüro nun selbst direkt höchstes Recht: Auch gegen die beiden anderen Angeklagten sei die Todesstrafe nicht nur zu beantragen, sondern auch zu vollstrecken[17].

Im Frühjahr 1960 begann die SED-Führung Beweismittel für ihre Anschuldigungen gegen den ehemaligen Wehrmachts-, nun Bundeswehrgeneral Hans Speidel wegen seiner angeblichen Beteiligung am Attentat auf den jugoslawischen König Alexander I. und Frankreichs Außenminister Barthou im Jahr 1934 zu suchen. Ein DEFA-Dokumentarfilm („Unternehmen Teutonenschwert"), mit dieser Aussage von der Plato-Film-Gesellschaft auch in England vertrieben, hatte zu einer Verleumdungsanzeige des Militärs und zu einem Prozeß geführt. Der entwickelte sich für die SED, die hinter allem stand, zum Pferdefuß. In dem Glauben, das Politbüro verfüge über hieb- und stichfeste Beweise, übernahm die KP Englands, da der Prozeß hier stattfinden sollte, den Part des öffentlichen Anklägers und sah sich bitter enttäuscht. KP-Generalsekretär J. Gollan, nun selbst in Bedrängnis, forderte das SED-ZK auf, unverzüglich etwas zu unternehmen, vor allem einen Arbeitsausschuß zu bilden, finanzielle Mittel und endlich Dokumente im Original zur Verfügung zu stellen, da Kopien in England als Beweismittel nicht anerkannt wurden. Eine hektische Aktivität begann. Norden beriet sich mit dem umgehend einberufenen besonderen Arbeitsstab (Prof. Kaul, Gerhard Kegel, Otto Reinhold). Die Suche nach Akten und Zeugen – „einige taugen nichts", schrieb Kaul am 7. 3. 1960 an Norden – wurde ohne Erfolg intensiviert. Originaldokumente fanden sich nicht. Auch die Sowjetunion, um Hilfe ersucht, mußte in dieser Sache passen. Der in der DDR lebende ehemalige Wehrmachtsgeneral Rudolf Bamler lieferte schließlich eine Speidel belastende, wenig stichhaltige eidesstattliche Erklärung, die den politischen „Flop" nicht zu verhindern vermochte[18]. So bereitete der Speidel-Prozeß nichts als Unkosten und hinterließ eine englische KP, die bei der SED verärgert ihre Auslagen einzutreiben versuchte[19].

Es kam für die SED wie gerufen, als im Mai 1960 Adolf Eichmann nach Israel entführt und ihm ein knappes Jahr darauf in Jerusalem der Prozeß gemacht wurde. Aber

[16] Vgl. Vorschläge Ulbrichts vom 15. 8. 1960, vom Politbüro beschlossen am 23. 8. 1960, Anlage Nr. 1 zum Protokoll 36/60, in: Ebenda, J IV 2/2/717, Bl. 6–9 und Sitzung des Politbüros am 30. 8. 1960, Anlage Nr. 2 zum Protokoll 37/60, in: Ebenda, J IV 2/2/718, Bl. 5–9; vgl. auch Schreiben Nordens an Ulbricht vom 11. 7. 1961, in: Ebenda, IV 2/2028/3.

[17] Politbürositzung am 8. 2. 1960, Anlage Nr. 4 zum Protokoll Nr. 6/60, in: Ebenda, J IV 2/2/687, Bl. 19.

[18] In: ZPA, Nachlaß Ulbricht (NL 182), 1307, Bl. 3, 5, 15, 19, 23.

[19] Schreiben Gollans an Ulbricht vom 1. 3. 1962, in: Ebenda, IV 2/2028/39.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht der Massenmörder interessierte die Berliner Parteiobrigkeit. In keiner Weise je in den Verdacht kommend, für den Staat Israel irgendwelche Sympathien zu empfinden oder politisch „vorfühlen" zu wollen[20], wurde der Holocaust am jüdischen Volk instrumentalisiert. Die moralisch und politisch Schuldigen am millionenfachen Mord – so lautete der Kernsatz der SED – seien in der Bundesrepublik in Amt und Würden. Der Hauptschuldige war bald ausgemacht: Hans Globke, ehemaliger juristischer (Mit-) Kommentator der schändlichen Nürnberger Rassegesetze. Aber auch in diesem Fall galt der Angriff viel weniger der Person Globkes als seiner Eigenschaft, der einflußreiche Kanzleramts-Staatssekretär Konrad Adenauers und mehr noch Symbolfigur für die anzuklagenden „Nazis im Amt" zu sein.

Bereits im Juli 1960 begann unter Stabführung Nordens die großangelegte propagandistische Offensive mit einer Broschürenaktion: „Globke und die Ausrottung der Juden". Globke, dessen Tätigkeit hier nicht Gegenstand ist[21], wurde als einer der führenden intellektuellen Täter bezeichnet, die den Massenmord geistig vorbereitet hätten. Dies traf einen empfindlichen Bonner Nerv, schürte aber auch international Mißtrauen und Skepsis gegenüber einer deutschen Demokratie, die Naziverbrechen inkonsequent zu verfolgen schien und, wie Ostberlin suggerierte, neuen Antisemitismus begünstigte. Der Jerusalemer Eichmann-Prozeß war für die SED in dem Maße von Interesse[22], wie er sich eignete, die Bundesrepublik an den Pranger zu stellen. Der Name Globke, merkte ein Vertrauter Nordens an, „verschwindet nicht mehr aus der westdeutschen und internationalen Presse. [...] Die Veröffentlichung weiterer Globke-Dokumente ist fällig. Es muß rechtzeitig dokumentiert werden, daß, wenn er stürzt, er durch die DDR stürzt, gegen Adenauer."[23] Der geschickte Psychologe Norden orga-

[20] Das lag nicht im Interesse der UdSSR. „Wir haben nicht die Absicht, den Anschein irgendwelcher offizieller Beziehungen DDR – Israel aufkommen zu lassen", heißt es in einer für Norden bestimmten Sekretariats-Aktennotiz des Ausschusses für Deutsche Einheit im September 1960; in: Ebenda, IV 2/2028/21.

[21] Der Persönlichkeit Hans Globkes gerecht zu werden, fällt auch heute noch schwer. Schon zu Lebzeiten geriet ihm zum Nachteil, daß jedermann zwar seine Mitarbeit am Kommentar zu den „Nürnberger Gesetzen" bekannt war, weitgehend unbekannt blieb aber, daß er „den Opfern eben dieser ‚Nürnberger Gesetze' in vielen Einzelfällen mit Rat und Tat geholfen (hat)". Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 528. Vgl. zum Problem auch Klaus Gotto (Hrsg.), Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes, Stuttgart 1980; aufschlußreich der Beitrag von Robert Kempner, ehemaliger Kollege Globkes am Reichsministerium des Innern und späterer Hauptankläger der USA beim Nürnberger Prozeß.

[22] Umfangreiche Vorbereitungen begannen, immer neue Arbeitsgruppen und -stäbe wurden gebildet. Zunächst versuchte die SED, den Juristen Kaul als Nebenkläger nach Jerusalem mit der Absicht zu schicken, „auch den Fall Globke in den Prozeß einzubeziehen und die Rolle des Bonner Regimes aufzudecken". Kaul sollte gleich drei oder vier Fotokopien von Dokumenten über Eichmann mit auf die Reise nehmen, „um einen Druck auf [die] Justizbehörden ausüben zu können". Aus taktischen Gründen wurde aber eine Liste von Dokumenten in Israel nicht bekanntgegeben. Nur die KP des Staates wußte um ihre Existenz. Nachdem Kaul auf Grund israelischer Rechtsbestimmungen nicht als Nebenkläger fungieren konnte, suchte man in der DDR nach Personen, die dazu in der Lage waren. Aktennotizen für Norden, September 1960 und 11. 1. 61, in: ZPA, IV 2/2028/21.

[23] Bericht der Kommission für gesamtdeutsche Arbeit beim Politbüro an Norden, o. D., in: Ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nisierte eine Reihe von Pressekonferenzen, Foren und Beratungen. Auch Ulbricht schaltete sich ein. „Wir bemühen uns", meldete ihm Norden, „den Fall Eichmann [...] maximal gegen das Bonner Regime zuzuspitzen."[24] Dabei mußte man im Zusammenhang mit dem Prozeß vorsichtig agieren, hatten doch einige in der DDR-Prominenz selbst „Dreck am Stecken"[25].

Die KP Israels half der SED zunächst, Propagandamaterial gegen Nazismus und Antisemitismus in der Bundesrepublik im Staat der Juden zu verbreiten. Mitte 1961, als die Beschuldigungen im Ausland eine gewisse ideologische Wirkung zeigten, eskalierte das ZK der SED die parallel zur „Affäre Globke" betriebenen Aktionen gegen die „Nazi-Blutrichter". Bekannte Persönlichkeiten der DDR (u. a. Arnold Zweig) wurden zu „Offenen Briefen", die französische Linkspresse zu Materialveröffentlichungen über Globkes Wirken veranlaßt. Die Komplexität dieser speziellen Politik wurde deutlich, aber auch eine im ZK festgelegte Linie erkennbar: Für die neue Phase des Eichmann-Prozesses ab Frühsommer 1961 müsse der Beweis einer Kooperation zwischen Globke und Eichmann erbracht werden. Norden notierte sich für ein Gespräch mit Walter Ulbricht: „Kaul (Prozeßbeobachter und Verbindungsmann der SED nach Israel – M. L.) sprach mit Genossen Gotsche (engster Vertrauter Ulbrichts, Sekretär des DDR-Staatsrates – M. L.) bereits darüber, daß in Zusammenarbeit mit Mielke bestimmte Materialien besorgt bzw. hergestellt werden sollten. Wir brauchen unbedingt ein Dokument, das in irgend einer Form die direkte Zusammenarbeit Eichmanns mit Globke beweist. Kaul informierte uns, daß Gen. Ulbricht damit einverstanden sei und eine entsprechende Weisung an den Gen. Mielke geben wollte."[26] Offensichtlich schreckte die Führungsspitze der SED vor Fälschungen bzw. „Neuanfertigungen" von Dokumenten nicht zurück. Die Sache erhielt einen so hohen Stellenwert, daß Mielke Norden über den Stand der Dinge persönlich informierte[27].

Da der Eichmann-Prozeß die Möglichkeit eines internationalen Angriffes gegen die als revanchistisch und neonazistisch verteufelten Verhältnisse in der Bundesrepublik bot, war es kaum verwunderlich, daß die SED auf Bündnispartner im Westen hoffte[28],

[24] Hausmitteilung Nordens an Ulbricht vom 28. 5. 1960, in: Ebenda, IV 2/2028/2. Ulbricht war der Auffassung, daß man Material gegen Eichmann – hier wurde eine Chance für einen Schritt zur Anerkennung der DDR gesehen – den Israelis auf „möglichst hoher Ebene" bereitstellen sollte. Vgl. Schreiben Nordens an Honecker vom 27. 10. 1960, in: Ebenda, IV 2/2028/1.

[25] Norden konstatierte beunruhigt, daß die ehemaligen Wehrmachts-, jetzt DDR-Generale Arno von Lenski und Vincenz Müller, letzterer brachte es bis zum stellvertretenden Minister, im Jerusalemer Prozeß genannt wurden. Beide hätten Verbindungen zu Eichmann gehabt. Von Lenski war Beisitzer am berüchtigten Volksgerichtshof. „Meines Erachtens dürfen wir es nicht soweit kommen lassen, daß wir in irgendeiner Weise bei dem Eichmann-Prozeß diskreditiert werden", legte Norden Honecker am 27. 10. 1960 nahe. In: Ebenda, IV 2/2028/1.

[26] Notiz Nordens „Zur Besprechung mit Gen. Ulbricht", o. D., in: Ebenda, IV 2/2028/3.

[27] Schreiben Mielkes an Norden vom 7. 3. 1961, in: Ebenda, IV 2/2028/54.

[28] An „seinen Mann" in der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK, Peter Florin, richtete Norden die Bitte, alle Möglichkeiten parlamentarischer Aktionen im Ausland zu nutzen und sich dabei auf die Parlamente Englands, Indiens und Israels zu konzentrieren. Es müsse auch möglich sein, „französische und italienische Genossen zu entsprechenden Aktionen zu veranlassen (...) *Vor allem*

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vor allem aber auf die Beteiligung ihrer östlichen Verbündeten drängte. Gemeinsame Prozeß-Aktionen wurden angeregt und diese auf höchster Ebene zu koordinieren versucht. Das Ganze war um so wichtiger, als hier ein Beitrag geleistet werden konnte zur „Einheit und Geschlossenheit" des sozialistischen Lagers, zu einem Schulterschluß, den man in Berlin auf Grund des in Osteuropa herrschenden Mißtrauens Bonn gegenüber relativ problemlos zu bewerkstelligen glaubte. Schon im Verlauf des Jahres 1960 konsultierten sich Parteiführungen und Außenministerien der sozialistischen Staaten über inhaltliche und formelle Probleme wichtiger Kampagnen – bezeichnend ist, daß man die Erlaubnis der UdSSR einholte[29] – und des Eichmann-Prozesses. Einen wichtigen Part übernahmen, offensichtlich aus optischen Gründen, das ungarische Außenministerium und polnische Stellen. Als „politische Richtlinie" galt, daß der Angriff „von der Basis der antifaschistischen Front" her erfolgen und in drei Richtungen geführt werden müsse: „a) gegen den westdeutschen Neofaschismus, b) den Zionismus, c) den Vatikan – Eichmann gelangte unter Beteiligung des Vatikans nach Argentinien". Die Aufmerksamkeit bei der Aufdeckung der Verbrechen Eichmanns und seiner Kumpane – so überlegte man in den verbündeten Ministerien – sollte unbedingt, „neben den an den Juden begangenen Verbrechen, auch auf ihre Straftaten gegen verschiedene andere fortschrittliche Personen, Bewegungen und Patrioten gerichtet werden"[30].

Die SED war mit dieser Grundlinie zwar einverstanden, unterstrich aber bei ihren Partnern die Absicht, „aus dem Prozeß gegen Eichmann im Kampf gegen den westdeutschen Neofaschismus so viel wie möglich herauszuholen", und meldete ihr spezifisches Interesse an der „Aufdeckung" des Zusammenhangs zwischen Eichmann und seinen „heute noch im Bonner Staatsapparat tätigen Komplizen (Globke)" an. Es müsse der Nachweis erbracht werden, „daß die Politik, der Eichmann gedient hat, heute in Westdeutschland fortgesetzt wird", daß die dort „herrschenden Kreise" die

---

aber ist ein Hinweis über Deine Kanäle an die Genossen der Bruderparteien sowie an gewisse Labour-Abgeordnete nötig, daß wir parlamentarische Interventionen ihrerseits sowie Artikel und Briefe in der Presse als sehr erwünscht betrachten und erbitten." (Von Norden unterstrichen; M. L.) Schreiben vom 12. 8. 1960, in: Ebenda, IV 2/2028/39. Norden versuchte vor allem zu bewirken, daß in Westdeutschland in der Sache Globke „von gewissen Sozialdemokraten parlamentarische Anfragen unternommen werden". Es müsse doch möglich sein, so N., „auch auf länderparlamentarischer Ebene jemanden losschlagen zu lassen oder gleich mehrere". Schreiben Nordens an Paula Acker (ZK) am 12. 8. 1960, in: Ebenda, IV 2/2028/36.

[29] So registrierte Norden bereits bei der ersten großen Kampagne gegen Oberländer, daß Moskau „keinerlei Bemerkungen" zu dem geplanten Prozeß gegen den Bundesminister in der DDR gemacht habe. Im Gegenteil: Das Präsidium des ZK der KPdSU entschied allerhöchst, daß man der SED Zeugen und Akten zur Verfügung stellen werde. Vgl. Aktennotiz vom 6. 1. 1960 und Schreiben Nordens an SU-Botschafter Perwuchin vom 22. 3. 1960, in: Ebenda, IV 2/2028/51. Der sowjetische Parteiideologe Lew Besymenski sprach gar von einer „gemeinsamen Oberländer-Schlacht". Vgl. Schreiben an Norden vom 12. 10. 1960 in: Ebenda.

[30] Konsultationsfragen des Außenministers der VR Ungarn an die Außenministerien der sozialistischen Staaten „im Zusammenhang mit der Affäre Eichmann", 19. 7. 1960, Budapest. Behandelt auf der Sitzung des Politbüros am 16. 8. 1960, Anlage Nr. 4 zum Protokoll 35/60, in: Ebenda, J IV 2/2/716, Bl. 26.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aufdeckung der faschistischen Verbrechen hintertrieben. Entlarvt werden sollte aber auch „das Zusammenspiel zwischen Bonn und Israel“[31]. Über den Verlauf des Prozesses, die Aussagen osteuropäischer Zeugen und das Bereitstellen von Beweismaterial wurden in den Außenministerien verschiedene theoretische Möglichkeiten und taktische Varianten durchgespielt, vor allem aber „abgestufte Propagandaaktionen“ angeregt[32].

So wurden Eichmannprozeß und „Fall Globke“ zur Achse internationaler kommunistischer, aber auch Ausgangspunkt neuer kombinierter innenpolitischer Aktionen, die keine Berührungspunkte mit dem juristischen Vorgang in Jerusalem mehr aufwiesen. Hauptstoßrichtung war zeitweilig die westdeutsche Außenpolitik. Im Zuge eines Politbürobeschlusses vom 25.7. 1961 wies der eigentlich mächtige Mann im DDR-Außenministerium, Otto Winzer, an, die „Aufklärung über die Tätigkeit der Nazi-Diplomaten im Auswärtigen Amt und auswärtigen Dienst zu verstärken“[33].

Nach dem Mauerbau flankierte eine Sonder-Kampagne „gegen die Bonner Revanchepolitik“ den ideologischen Generalangriff, in den auch das diktatorische Franco-Regime in Spanien als „Verbündeter der westdeutschen Revanchisten“ einbezogen wurde[34]. Eine neue Qualität erhielten auch die gezielten Propagandaaktionen gegen der SED suspekte westdeutsche Politiker. Sie betrafen z.B. Heinrich von Brentano[35], Bischof Dibelius und die Repräsentanten der evangelischen Militärseelsorge[36], F.J. Strauß[37], Generalbundesanwalt Fränkel, Felix von Eckardt[38] und hohe Beamte. Auch

---

[31] Stellungnahme des MfAA der DDR zu den Konsultationsfragen des Außenministeriums der Ungarischen Volksrepublik, in: Ebenda, Bl. 31. Vgl. auch Schreiben Ulbrichts an Gomulka vom 20.12. 1960 mit der Bitte um Hilfe, in: Ebenda, IV 2/2028/21.

[32] Vgl. ebenda, J IV 2/2/716, Bl. 30.

[33] Schreiben Winzers an Ulbricht vom 1.12. 1961, in: Ebenda, NL 182, Nr. 1305, Bl. 4, 6.

[34] SED-Hausmitteilung, Florin an Norden, in: Ebenda, IV A 2/2028/140.

[35] „Um auf die westdeutschen Wirtschaftskreise zu wirken und die Opposition gegen Bonn zu stärken, sollten wir das Feuer stark auf Brentano richten“; Schreiben Rehans an Norden vom 5.10. 1960, in: Ebenda, IV 2028/10.

[36] Anläßlich einer geplanten Reise des Bischofs nach England initiierte Norden eine Publikation (auch in England), die neues Material über die „erzantisemitische und faschistische Vergangenheit“ des Dibelius „dramatisch“ zusammenstellen sollte. „Ich bin überzeugt, daß dies in den Kreisen der anglikanischen Kirche wie eine Bombe einschlagen wird.“ Schreiben Nordens an Peter Florin (Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen im ZK) vom 25.2. 1960, in: Ebenda, IV 2/2028/39. Mit Dibelius sollte insbesondere die westdeutsche Militärseelsorge getroffen werden. Personell wurde die Kampagne auch an den Bischöfen Lilje und Kunst festgemacht. Das Politbüro ordnete an, daß die Kampagne unter Einbeziehung von kirchlichen Amtsträgern, Theologen und Laienchristen beider deutscher Staaten „gegen den Mißbrauch der Kirche durch die kirchlichen NATO-Politiker“ geführt werden müsse. Vgl. Beschluß des Politbüros vom 7.2. 1961, Anlage Nr. 4 zum Protokoll 6/61, in: Ebenda, J IV 2/2/748, Bl. 87.

[37] Im Juli 1962 beschloß die Parteiführung, den „Hauptstoß gegen die Atomkriegs- und NATO-Politik von Strauß zu richten“. Beschluß des Politbüros vom 31.7. 1962, Anlage Nr. 7 zum Protokoll 34/62, in: Ebenda, J IV 2/2/841, Bl. 97.

[38] Auftakt der Aktion sollte eine Klage der Witwe Karl Liebknechts gegen von Eckardt wegen angeblicher Verherrlichung des Mordes an ihrem Manne sein: „Daraus wird eine Kampagne entwickelt.“ Büro Norden, Maßnahmeplan vom 1.11. 1961, in: Ebenda, IV 2/2028/16.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Adenauer sollte nazistisch belastet werden[39]. Aktionen u. a. zur Diskreditierung des neuen Bundespressechefs von Haase, „damit zum gegebenen Zeitpunkt auch gegen ihn das Feuer eröffnet werden kann"[40], und gegen Herbert Wehner[41] als „Verräter" wurden 1962 bzw. 1963 aufwendig vorbereitet. Aber auch Kampagnen zur Unterstützung westdeutscher Politiker, die, aus welchen Gründen auch immer, das Wohlwollen der SED auf sich gezogen hatten, verliefen – wie im Falle Thomas Dehlers im Frühjahr 1963 – streng nach Szenario[42]. Norden und das Politbüro operierten mit gezielten Konter- und Falschmeldungen[43] vor allem in der Absicht, nationalsozialistisch Vorbelastete oder als solche Verdächtigte in öffentlichen Ämtern zu verunsichern, sie von Aktivitäten gegen das Regime in der DDR abzuhalten.

Ins Visier der SED gerieten im besonderen Maße auch Beamte im Westteil Berlins. So beschuldigte die SED im Juli 1962 die Führung der Berliner Bereitschaftspolizei nazistischer Verbrechen. Absicht war es, den Polizeidienst der Westsektoren, vom Politbüro für schuldig befunden, „Provokationen gegen die Staatsgrenze" zu unterstützen, durch die Verunsicherung leitender Beamter in gewisser Weise zu neutralisieren. „Angefangen wird mit dem Kommandeur der Westberliner Bereitschaftspolizei", befand die Parteiführung, „wobei wir durchblicken lassen, daß wir uns systematisch einen Nazi nach dem anderen im Westberliner Polizeiapparat vornehmen werden"[44].

So verliefen die Kampagnen in der Regel innerhalb des von den konkreten Interessen und Zielen der SED abgesteckten Rahmens systematisch, thematisch in sich geschlossen

---

[39] Das Politbüro beauftragte Norden zu überprüfen, „wo in Westdeutschland und von wem zum geeigneten Zeitpunkt veröffentlicht werden kann ein Schreiben Adenauers aus der Zeit 1933/34 über seine Unterstützung der nazistischen Bewegung". Beschluß des Politbüros vom 11.4. 1961, Protokoll Nr. 17/61, in: Ebenda, J IV 2/2/759, Bl. 4.

[40] Vorschläge der Westkommission der Nationalen Front für das Politbüro vom 30. 7. 1962, in: Ebenda, IV 2/2028/62, Bl. 113.

[41] Vgl. streng vertrauliches Material vom 17. 8. 1963, in: Ebenda, IV A 2/2028/7, und „Material zu den Aktionen über den Prozeß X", Hausmitteilung der Westkommission beim Politbüro an Norden vom 17. 8. 1963, in: Ebenda.

[42] Die SED organisierte in erstaunlich kurzer Zeit eine umfangreiche Aktion, um oppositionelle Kräfte an Dehler (und umgekehrt) zu binden und ein neues Zentrum gegen die Politik der Bundesregierung zu schaffen. Stellungnahmen bekannter Persönlichkeiten wurden initiiert, „gezielte Briefe" an westdeutsche Politiker vorbereitet, Dehler selbst angesprochen. Die DDR-Medien wurden zu „Kontermeldungen" verpflichtet: Einflußreiche Kräfte in CDU und FDP würden Dehlers Absichten unterstützen und SPD-Funktionäre vom Parteivorstand eine positive Stellungnahme zu Dehler verlangen. Vgl. Hausmitteilung an Norden vom 15.3. 1962, in: Ebenda, IV 2/2028/12.

[43] Die wurde insbesondere nach der „Spiegel-Affäre", die man in Ostberlin gehörig ausschlachtete, augenfällig. Das ZK trug sich mit dem Gedanken, Meldungen in die Auslandspresse zu lancieren, „mit dem Inhalt, daß Strauß und Globke bereits listenmäßig erfaßt haben, welchen Presseorganen und Journalisten in naher Zukunft der Prozeß gemacht wird". Darüber hinaus seien „mit den entsprechenden Stellen" die Möglichkeiten zu prüfen „für den Übertritt von Leuten in die DDR, die dann vor allem über Strauß auspacken". SED-Hausmitteilung an Norden vom 9.11. 1962, in: Ebenda, IV 2/2028/11. Es ging darum, wie es in einem anderen Zusammenhang hieß, „die Nervosität unter den Bonner und Westberliner Ultras zu steigern". Sitzung des Politbüros am 21. 7. 1962, Anlage Nr. 7 zum Protokoll 34/62, in: Ebenda, J IV 2/2/841, Bl. 102.

[44] Ebenda, Bl. 101.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und organisatorisch eingegrenzt. Im einzelnen, wie im eben geschilderten Fall, waren sie stark von Tagespolitik und „ideologischen Notwendigkeiten" geprägt, ordneten sich jedoch immer in einen größeren politischen Zusammenhang – hier in die östliche Berlinoffensive – ein. Von Anfang an bestand die Tendenz einer „Überfrachtung" der Einzelkampagne. Es ging nicht mehr nur um die „Anklage" von westlichen Politikern, deren Kurs und des durch sie repräsentierten demokratischen Systems; man stellte die eigene Politik (und natürlich die der Sowjetunion) als einzige Alternative dar, trug ideologische Gemeinplätze des Kommunismus vor und suchte durch flammende Appelle „Friedens- und Verständigungswillige" zu einer SED-konformen Haltung zu animieren. Eine zweite, für die SED negativ wirkende Tendenz hatte ihre Ursachen in der bürokratischen Schematisierung der Aktionen. Routine und langweilige, auch formale Wiederholungen gestalteten sich selbst für Anhänger der SED zur ideologischen Tortur. Zudem entwikkelten verschiedene Kampagnen immer mehr Eigendynamik, implizierten den Hang zur Verselbständigung und den Trend, eigene besondere Apparate zu schaffen, und wurden im Streben nach Perfektion letztendlich immer teurer. Dennoch schienen sich eine Reihe von zentralen, langfristig angelegten Kampagnen für die SED politisch zu lohnen.

Ein Name wurde, wenngleich aus taktischen Gründen unterschiedlich intensiv, immer wieder ins Spiel gebracht: Hans Globke. Auf dem Höhepunkt der mehrjährigen Aktion sollte nunmehr – wie es im Parteijargon hieß – eine „nicht zu überhörende Bewegung zum sofortigen Rücktritt des Bonner Staatssekretärs entfacht werden"[45]. Während einer Phase wohldosierter relativer Ruhe in der Öffentlichkeit nach Abschluß des Eichmann-Prozesses (15. 12. 1961) sammelten Juristen, Historiker und politische Beauftragte der Staatspartei im In- und Ausland neues Material gegen Globke. Während die Sowjetunion und die CSSR – hier sagten der stellvertretende Außenminister Klicka und der Verantwortliche im ZK der KPC, Musil, alle erdenkliche Hilfe zu[46] – die ostdeutschen Materialwünsche positiv beantworteten, verweigerte das rumänische Außenministerium der DDR-Botschaft in Bukarest die Herausgabe von Globke (angeblich) belastenden Filmmaterials[47]. Dies verärgerte die SED-Führung, war es doch ein Signal dafür, daß die wirtschaftlichen Offerten Bonns an die Regierung in Bukarest politische Ergebnisse zu zeitigen begannen. Die Polen reagierten verhalten. Eine großangelegte Pressekonferenz „zur Entlarvung der Globke-Verbrechen" am 17. 12. 1962 in Warschau wurde ein Fehlschlag. Der Botschafter der DDR registrierte zwei „langatmige" Stunden ohne internationale Beteiligung, vor allem aber eine „bewußte Zurückhaltung der polnischen Seite"[48]. Eine daraufhin mit einem polni-

[45] ZK-Agitationskommission, Hinweis Nr. 78, 9. 7. 1963, in: Ebenda.

[46] Vgl. Bericht Rehahns über die Delegationsreise nach Prag vom 28. 3. bis 1. 4. 1963, in: Ebenda, IV A 2/2028/19. Hier ging es vor allem um Nachweise einer angeblichen Beteiligung Globkes an „Germanisierungsverbrechen" und eine „Verantwortlichkeit für die Todesurteile gegen tschechoslowakische Flieger der RAF".

[47] Vgl. Schreiben Nordens an Florin (Ulbricht und Axen zur Kenntnisnahme) vom 1. 3. 1962, in: Ebenda, IV A 2/2028/39.

[48] Telegramm der Botschaft der DDR in Warschau an Presseabteilung des DDR-Außenministeriums vom 22. 12. 1962, in: Ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Parteiideologen anberaumte Konsultation wenige Wochen später verlief für die SED befriedigend. Zwar riet der polnische Partner davon ab, jüdische Kreise in Belgien, Frankreich und Holland zwecks Eskalation der Kampagne anzusprechen, „weil diese mehr oder weniger ‚Wiedergutmachungsleistungen' aus Westdeutschland erhalten [hätten] und sich daher an einer solchen Aktion nicht engagieren möchten", bot sich aber an, über persönliche Kontakte einige Labour-Abgeordnete wie Silvermann und Ziliacus, unter Umständen auch eine Gruppe linkszionistischer Getto-Kämpfer zu veranlassen, „die Globke-Kampagne in Großbritannien zu forcieren"[49].

Im Januar und Februar 1962 verstärkte die SED ihre Auslandsoffensive. In deren Folge versuchte z. B. in Italien eine Gruppe von sozialistischen und kommunistischen Parlamentsabgeordneten, bei Ministerpräsident Fanfani die Aberkennung eines Globke 1959 verliehenen Ordens zu erreichen[50]; eine Reihe von Persönlichkeiten der DDR, unter ihnen A. Zweig, A. Seghers und J. Kuczynski, richteten im Auftrag der SED an amerikanische Tageszeitungen Leserzuschriften gegen Globke[51] u. a. m.

Die Idee eines Strafrechts-Prozesses gegen den Staatssekretär als „Fortsetzung des Eichmann-Prozesses" entstand offensichtlich zu Beginn des Jahres 1963 als Kopfgeburt Nordens, da die Zeit drängte[52]. Anläßlich einer neuen, für Ende März geplanten Pressekonferenz, die „Unruhe und Differenzierung in den westdeutschen Parteien verstärken und zweifellos auch zur weiteren Isolierung des Adenauer-Regimes beitragen [werde]", stellte Norden Ulbricht Anfang März 1963 die rhetorische Frage, was für einen Prozeß spreche, und beantwortete sie sodann wie folgt: „Erstens, daß wir in jedem Fall dadurch einen neuen Höhepunkt in der Kampagne gegen Globke erreichen, und zweitens, daß, wenn der zurücktritt, dann dies noch mehr auf das Konto der DDR geht und unseren Einfluß auf die westdeutschen Verhältnisse abermals [...] unterstreicht."[53] Die SED konzipierte das Verfahren als einen „Weltprozeß gegen das ganze Bonner Regime unter breitester Anteilnahme der internationalen Öffentlichkeit". Eine Vorbereitungskonferenz unter Teilnahme von Vertretern der verschiedenen Staats- und Parteiinstitutionen, der Staatsanwaltschaft und der Medien der DDR gab, nachdem ein Ermittlungsverfahren gegen Globke am 3. 4. 1963 eröffnet worden war, die „Argumentation" heraus: „Indem die DDR dafür sorgt, daß Globkes Verbrechen strafrechtlich untersucht werden, macht sie sich nicht nur zum Anwalt und Sprecher der ganzen Nation, sondern aller Völker."[54]

---

[49] „Protokoll einer Beratung mit dem Gen. Barszewski", 1. 2. 1963, in: Ebenda, IV A 2/2028/9.

[50] Bericht: „Zur Verstärkung der internationalen Kampagne gegen Globke ist folgendes erfolgt", 18. 2. 1963, in: Ebenda.

[51] Ebenda.

[52] „Da es gewiß ist, daß Globke im Herbst 1963 in den Ruhestand tritt, erweist sich der Prozeß auch aus diesem Grunde als zweckmäßig und notwendig, damit sein Rücktritt noch deutlicher als Auswirkung der von der DDR geführten Kampagne in Erscheinung tritt." Sitzung des Politbüros am 19. 3. 1963, Anlage Nr. 6 zum Protokoll 7/63, in: Ebenda, J IV 2/2/871, Bl. 47.

[53] Hausmitteilung Nordens an Ulbricht vom 11. 3. 1963, in: Ebenda, A 2/2028/9.

[54] Bericht vom 30. 4. 1963 und Schreiben der Westkommission beim Politbüro (Geggel) vom 17. 5. 1963, in: Ebenda.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nun begann eine der aufwendigsten Propagandaaktionen seit Gründung der DDR; sie wurde akribisch vorbereitet, jeder Fehler zu vermeiden gesucht, heikle Themen blieben ausgespart[55]. Ulbricht schaltete sich ein, gab Hinweise[56]. Das Kardinalproblem des Prozesses sah Norden in der ausländischen Beteiligung[57]. Auch hielt sich die westdeutsche Presse weitgehend zurück. Die Mehrzahl der angesprochenen Blätter grenze „zwischen den Taten Globkes und dem Charakter des Bonner Staates noch stark ab", berichteten Nordens Vertrauensmänner[58]. Dennoch registrierte die SED mit Genugtuung – wie die Westkommission des ZK Erich Honecker mitteilte –, daß verschiedene führende Zeitungen Artikel über den Globke-Prozeß brachten, daß eine Reihe von bundesdeutschen Presseleuten in dieser Sache mit der DDR zusammenarbeitete oder – wie man im ZK hoffte – dies über die „Affäre Globke" hinausgehend perspektivisch tun würde[59].

Einen wichtigen Faktor für das Gelingen der Propagandaschau stellte die Haltung der israelischen Kommunisten dar. Die Idee eines Globke-Prozesses war bereits Ende Januar 1963 an die KP Israels herangetragen worden. Gleichzeitig ersuchte das ZK die israelischen Kommunisten, neues Material gegen den Bonner Politiker zu veröffentlichen bzw. gegen Entgelt in westliche Länder zu verschicken. Der israelische KP-Funktionär Meir Vilner lehnte das Ansinnen „in einer formell-höflichen, aber nicht sehr kameradschaftlichen und freundschaftlichen Atmosphäre" geführten Aussprache mit dem ZK der SED ab. Hatte die KP Israels 1961 das Anliegen der SED in dem Glauben unterstützt, mit der Verurteilung Globkes gegen eine in ihren Augen neonazistische und antisemitische Tendenz in der Bundesrepublik öffentlichkeitswirksam beitragen zu können, erkannte sie nun ernüchtert, daß sie zum Werkzeug der SED gemacht worden, die „Affäre Globke" instrumentalisiert, in gewisser Weise zu einem Geschäftsgang erstarrt war. Vilner kritisierte den Versuch der SED, „die

---

[55] So wurde mit Rücksicht auf verschiedene ehemalige Zentrumspolitiker der „Komplex Globke als reaktionärer Zentrumsmann" aus dem Prozeß ausgeklammert. Schreiben der Westkommission an Norden vom 27.5.1963, in: Ebenda.

[56] Ulbricht initiierte, „die Verbreitung der revanchistischen Globke-Ideologie an den Schulen und in der Armee des Bonner Staates" als Gegenstand in den Prozeß einzubeziehen. Vgl. ebenda.

[57] Um den Ablauf des Prozesses sei ihm nicht bange, schrieb Norden an seine Kollegen im Politbüro. „Umso unruhiger bin ich bezüglich des Faktors, der für die Wirksamkeit im allgemeinen und in kapitalistischen Ländern im besonderen entscheidend ist: nämlich das Kommen von Beobachtern, Sachverständigen, Zeugen aus NATO- und blockfreien kapitalistischen Ländern. Hier müssen jetzt noch alle Hebel eingesetzt werden. Dabei auch Jugoslawien nicht vergessen!" Norden plädierte auch für die Zulassung von polnischen und ansonsten wenig geliebten israelischen jüdischen Organisationen als Nebenkläger; Schreiben Nordens an das Politbüro am 14.6.1963, in: Ebenda.

[58] Ebenda.

[59] Das betraf keineswegs die Linkspresse, die sich des Themas – aus welchen Gründen auch immer – dankbar annahm, sondern im Dokument namentlich genannte, persönlich sicherlich antinazistisch motivierte Journalisten großer Pressehäuser (u.a. „Revue", „Der Spiegel", „FAZ", „Die Zeit", „Stuttgarter Zeitung", „Westdeutsche Allgemeine Zeitung"), die – vom Osten sorgsam beobachtet, eingeschätzt und kontaktiert – von der SED vor ihren Karren gespannt wurden. Vgl. Schreiben vom 20.8.1963, in: Ebenda, IV A 2/2028/34, Anlage.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ganze Sache auf ein finanzielles Gleis zu schieben". An einer gerichtlichen Untersuchen des „Falles Globke" – gab er zu verstehen – sei man nicht interessiert, seine KP würde auch kein SED-Material verschicken: Israel sei doch kein „Postamt" der DDR[60].

4. Zusammenfassung und Bewertung

Die Propagandakampagnen gegen Globke, Fränkel, Oberländer, Speidel, Krüger u. a., gegen Nazidiplomaten, „Blutrichter", Wehrmachtsoffiziere in der Bundeswehr etc. waren im allgemeinen historische Erscheinungen einer bestimmten Phase des Kalten Krieges, im besonderen Bestandteile kommunistischer Herrschaftssicherung unter den Bedingungen des deutschen Sonderkonfliktes. Obwohl als solche schon vor 1960 gegen die Bundesrepublik geführt, erhielten die politisch-propagandistischen Kampagnen der SED ab 1960 eine neue Qualität vor allem aus innenpolitischen Gründen.

1. In der DDR entwickelte sich aus wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Ursachen heraus zu Beginn der sechziger Jahre eine akute, alle Bereiche der Gesellschaft und des Staates erfassende, die SED und ihre Führung existentiell bedrohende Systemkrise. Sie schloß aufgrund der Ziele und Machtstrukturen von SED und KPdSU sowohl demokratische wie auf Effizienz zielende wirtschaftliche Reformen und auch – bedingt durch ihre komplizierte Struktur, durch den konkreten Verlauf von Ost-West-Gegensatz und deutschem Sonderkonflikt – „reine" innere Gewalt-Lösungen aus.

2. Weil Lösungsmöglichkeiten innen-, wirtschafts- und außenpolitischer Art der SED nicht hinlänglich zur Verfügung standen, vor allem außenpolitische Ansätze im Zusammenhang mit dem Scheitern der sowjetischen Berlin-Politik nicht griffen, versuchte die politische Führung der DDR, der sich krisenhaft entwickelnden und zuspitzenden Situation vorrangig ideologisch gegenzusteuern. Die ideologische Offensive gegen die Bundesrepublik und den Westen wurde aus einer Defensivsituation heraus geführt, was einerseits zur besonderen Militanz und zur Dogmatisierung der Kampagnen beitrug, partielle, insbesondere operative und taktische Flexibilität aber nicht ausschloß. Diese Art von Beweglichkeit – man denke an den Zick-Zack-Kurs im Umgang mit den Sozialdemokraten – stellte sich oft als das Ergebnis verschiedenartiger neuer Zwänge dar; schnelle und z. T. originelle Entschlüsse gehorchten mehr der Not als sie Abbilder von Erfindungsgeist und politischer Phantasie waren.

3. Da im Unterschied zur Bundesrepublik die zur Herrschaftssicherung notwendigen ökonomischen, innen- und außenpolitischen Erfolge und eine damit verbundene Akzeptanz der ostdeutschen Bevölkerung ausblieben, wandte sich die SED zwangsläufig dem deutschlandpolitischen Problemfeld zu. Zum einen besaßen deutsches Problem und Wiedervereinigung im Denken und Fühlen der Bevölkerung in beiden

[60] Aktennotiz des ZK über zwei Aussprachen (26. und 28. 1. 1963) mit Meir Vilner vom 31. 1. 1963, in: Ebenda, IV A 2/2028/138.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Teilstaaten einen hohen Stellenwert und schienen daher der SED zur Mobilisierung der „Massen" am ehesten geeignet, zum anderen war das Problemfeld von der westlichen Seite weitgehend un- bzw. unterbesetzt. Aber erst eine bestimmte Verbindung von Deutschlandpolitik mit dem Problemkreis „Bewältigung" des Nationalsozialismus und anderen Themen (Wiederbewaffnung, Frieden und Sicherheit u. a. m.) gestaltete sich sinngebend, verlieh den propagandistischen Kampagnen Richtung und Stoßkraft, vermochte Politik in Moral einzubinden und schuf die Möglichkeit, sich mit dem „antifaschistischen" Kampf der SED gegen die „nazistische Bundesrepublik" zu identifizieren oder diesen, auf der Basis von weitverbreiteten antifaschistischen Gefühlen und Haltungen, wenigstens teilweise als notwendig und berechtigt zu empfinden.

Die Kampagnen der Jahre nach 1960 stellten in erster Linie auf die Stabilisierung der inneren Verhältnisse in der DDR ab. Ihre beiden Komponenten: kommunistische Deutschlandpolitik und instrumentalisierter, durch das politische Subjekt der SED gebrochener Antifaschismus, wurden stark von der innenpolitischen Lage ausgeformt. Das westlich gelegene Ziel und Aktionsfeld, mit der Absicht ins Visier genommen, die Bundesrepublik bei den Deutschen und vor allem im Ausland zu diskreditieren, wirkte als Medium und „Umweg": Letztendlich sollten die Bürger in der DDR aus dem Ausland hören, wie gefährlich nazistische Realität bzw. Tendenzen in der Bundesrepublik seien, daß die SED im Recht und nur sie und die DDR – weil eben konsequent antifaschistisch – als Partei der Arbeiterklasse und deutscher Staat einzig legitim seien.

4. Dennoch lag die eigentliche, wenngleich begrenzte Wirkung der Propagandakampagnen im internationalen Bereich. Die Verleumdung der Bundesrepublik als ein Staat der alten Nazis, der Militaristen und Revanchisten fand aus wesentlich zwei Gründen im Ausland bei bestimmten politischen Kreisen Resonanz: zum einen wirkte das Mißtrauen den Deutschen gegenüber noch nachhaltig, zum anderen waren die Angriffe der DDR im einzelnen keineswegs unmotiviert, nutzten den Umstand, daß die vor allem geistige Aufarbeitung nationalsozialistischer Verbrechen auf vielen Gebieten ungenügend war[61], der rasanten umfassenden gesellschaftlichen Modernisierung in der Bundesrepublik zeitweilig hinterherhinkte.

Das Thema „Nazismus in der Bundesrepublik" diente der SED auch im Ausland als ein politisches Kontrastmittel. Dem „lichten" Staatswesen einer konsequent entnazifizierten DDR wurde die „faschistische Finsternis" im deutschen Weststaat gegenübergestellt und damit ein ideologisches Element der von der SED angestrebten völkerrechtlichen Anerkennung der DDR konstituiert.

[61] Wolffsohn ist sicherlich im Recht mit seiner These, daß man es in der bundesdeutschen Gesellschaft, in Politik, Kultur, Wissenschaft, im Rechtswesen und auch im Militär „keineswegs bei der zunächst verordneten Vergangenheitsbewältigung [beließ]. Sie wurde (...) durchaus schon während der fünfziger Jahre freiwillig angepackt." Die „Achsenzeit" der Vergangenheitsbewältigung sieht er im Zeitraum von 1955 bis 1965. Michael Wolffsohn, Keine Angst vor Deuschland, Berlin 1992, S. 92. Auch wenn man Wolffsohn in seiner Achsenzeit-These nicht folgt, so fielen die wichtigsten Kampagnen der SED doch in einen Zeitraum, der – die Aufarbeitung der jüngsten Geschichte betreffend – sowohl von Dynamik als auch von Widersprüchen und heftigen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik gekennzeichnet war.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

5. Aber auch in der Bundesrepublik zeitigten die Kampagnen vor allem gegen Oberländer, Fränkel, Globke – der zu einer Art personeller „Achse" der forcierten Propagandaaktionen gedrechselt wurde –, Krüger und die Nazirichter eine gewisse Wirkung. Zwar blieb die Absicht der SED, über das Kampagne-Vehikel Einfluß auf die politische Entwicklung in Bonn nehmen zu können, unfrommer Wunsch, doch wurden nicht nur einer speziellen Art von Kritik Argumente, sondern auch den radikalen Gegnern der neuen Demokratie ideologische „Munition" geliefert. Beunruhigt über alte Nazis in den neuen Ämtern waren nicht nur aufmüpfige Intellektuelle. Ihr Unwohlsein in bestimmten Fällen artikulierten – wie z. B. Heinrich von Brentano[62] – auch verantwortliche Politiker. Bonn zeigte Betroffenheit: Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Rainer Barzel, der das vom Osten vorgelegte Belastungsmaterial gegen Bonner Politiker zu überprüfen empfahl und Kampagnen der „Zone" nicht widerspruchslos hinzunehmen gedachte, registrierte nicht nur, daß die „so angelegten Kampagnen der Kommunisten im Ausland einen gewissen Erfolg" hatten, sondern schien auch eine von Norden behauptete Resonanz bei Bundestagsabgeordneten für möglich zu halten[63]. Immerhin schoß die SED faktisch eine Reihe von Bonner Politikern, die tatsächlich – wie Adenauer im Fall des Vertriebenenministers Oberländer anmerkte – eine „tiefbraune Vergangenheit"[64] hatten, aus der Ferne ab.

Gefahr für das demokratisch-rechtsstaatliche Image der Bundesrepublik entstand nicht nur durch die Vermischung von „Dichtung und Wahrheit" seitens der SED, die von Einzelfällen auf das Ganze schloß und immer wieder zu suggerieren versuchte, daß die Nazis für das System der Bundesrepublik ständen. Vielmehr stellte sich den Westdeutschen die Frage, ob man es nötig habe, Belastete in hohe Funktionen gelangen zu lassen. „Der normale Staatsbürger", so meinte von Brentano völlig zutreffend, könne nicht verstehen, daß (und wie) ein Mann wie Fränkel auf hohe Posten gelangen könne[65].

Den erhofften Einfluß auf die Bundesrepublik im Sinne ihrer deutschlandpolitischen Zielsetzung konnte die SED über ihre Kampagnen jedoch auch ansatzweise

[62] Er habe das ungute Gefühl, schrieb der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende zum Fall Fränkel, „daß hier ein Mann von sogenannten Kollegen gedeckt wurde, der auf die Anklagebank, aber nicht auf den Richterstuhl gehört". Harsche Kritik am „schlechten Geist" im Bundesverfassungsgericht verband sich mit der Empörung darüber, „daß es eines Hinweises aus der Zone bedurfte, um den höchsten Vertreter der Bundesanwaltschaft zu Fall zu bringen". Die Sache „ekle" ihn „im höchsten Maße" an. Schreiben von Brentanos an Staatssekretär (Bundesjustizministerium) Walter Strauß vom 12. 7. 1962, in: Bundesarchiv Koblenz (BA), Nachlaß Heinrich v. Brentano (NL 239), 50, Bl. 96 f.

[63] Schreiben Barzels an von Brentano vom 22. 3. 1963, in: BA, NL 239, 171, Bl. 69.

[64] Adenauer wird immer wieder unzulänglich verkürzt mit diesem Satzfragment zitiert. Vgl. u. a. Götz Aly, Freispruch für den Mörder?, in: Die Tageszeitung vom 8. 5. 1991. In Wahrheit sagte er am 15. 2. 1960 zu Kölner Studenten: „Herr Oberländer war braun, wenn Sie so wollen, war er tiefbraun, aber er hat niemals etwas getan, was gegen seine Ehre war. (...) Ich bin nicht geneigt, wenn die SED verlangt, es soll ein Bundesminister entlassen werden, das dann dem Bundespräsidenten vorzuschlagen." Im Mai 1960 war der Bundesminister dann auch von Adenauer nicht mehr zu halten. Er entließ ihn, verband die Verabschiedung jedoch mit einer Ehrenerklärung; vgl. Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 530.

[65] Schreiben von Brentanos an Walter Strauß vom 12. 7. 1962, in: BA, NL 239, 50, Bl. 96.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht erreichen. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß sie ihre westdeutsche „Hilfstruppe", die – in der Form von Glied-, verdeckten oder infiltrierten Organisationen – als Teil des Ganzen funktionierte, tatkräftig mobilisierte. Dennoch trug ihr langer propagandistischer Feldzug dazu bei, das Bewußtsein der Deutschen für die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit zu schärfen, einschlägige Schwachstellen im demokratischen System sichtbar zu machen und – von der SED ganz ungewollt – diese zügiger zu beseitigen.

6. Die Kampagnen der Jahre 1960 bis 1963 – ein „nachhinkender" Höhepunkt dieser Art von Auseinandersetzung stellte der infame Angriff gegen Heinrich Lübke (1965/66) als „KZ-Baumeister" dar – erfüllten ihre Aufgaben im ganzen nicht. Es gelang der kommunistischen Führung weder, die Bundesrepublik nachhaltig zu diskreditieren und den eigenen Staat als allein rechtmäßigen zu legitimieren, noch vermochten die hochgradig demagogischen Aktionen als Kernstück einer ideologischen Großoffensive zu einem spezifischen „realsozialistischen" Krisenmanagement konstruktiv beizutragen[66]. Von den eigenen Problemen lenkten sie nicht wirklich ab.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß vor allem viele Bürger in der DDR – und nicht etwa nur Mitglieder der SED – vom verordneten und instrumentalisierten Antifaschismus der doktrinären Staatspartei manipuliert wurden. Antinazistische Gefühle und Überzeugungen, die auch denen nicht abzusprechen sind, die sich innerhalb der Kampagnen in echter Empörung gegen tatsächliche und vermeintliche Nazis im Dienst der Bundesrepublik engagierten, wurden von der Führung der SED zynisch mißbraucht. Es gelang ihr, über den Mechanismus „Antifaschismus" eine Reihe von Menschen begrenzt und zeitweilig an ihre Politik zu binden. Dies versprach aber eine gewisse Festigkeit und Dauerhaftigkeit nur dann, wenn diese Art von Antifaschismus als ein oder *der* Grundwert der „neuen Ordnung" in der DDR von der Mehrzahl ihrer Bürger so verinnerlicht worden wäre, daß er – als gesellschaftlicher „Überwert" hochgradig belastbar – das Versagen der SED-Politik unisono zumindest als entschuldbar und verständlich qualifiziert hätte. Dann wäre es dem Politbüro leichter gefallen, repressive Maßnahmen im Innern, aber auch die rabiaten Modi ihrer Kampagnen als notwendige Maßnahmen im Kalten Krieg umzufälschen[67], als Akte der vom Westen aufgezwungenen „Klassenauseinandersetzung", um eben Antifaschismus und andere Grundwerte (und „Errungenschaften") zu bewahren und glaubhaft zu machen. Die Versuche der Partei- und Staatsführung der DDR, der umfassenden moralischen, ökonomischen und politischen Krise der Jahre 1960 bis 1963 mit einem aufs äußerste mobilisierten System ideologischer Mittel zu begegnen, scheiterten indessen am Wesen

[66] Auch beteiligte SED-Funktionäre sahen es nicht anders, wenn sie – im Parteideutsch – konstatierten, daß die „begonnenen Kampagnen nicht aus eigener Initiative ideenreich weitergeführt [werden], um sie zum Ausgangspunkt einer konstruktiven Politik zu machen, die große Teile der westdeutschen Bevölkerung für uns gewinnt". Genau das gelang eben nicht. Arne Rehahn, 21.12. 1960, in: ZPA, IV 2/2028/66, Bl. 52.

[67] Vgl. den Beitrag von Hermann Weber, Der Kalte Krieg und die DDR, in: Deutschland im Kalten Krieg 1945–1963. Ausstellungskatalog, hrsg. vom Deutschen Historischen Museum, Berlin 1992, S. 29–50, hier besonders S. 45.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der spätstalinistischen Diktatur. Der Mißerfolg war vor allem deshalb vorprogrammiert, weil Inhalte und Formen der antiwestlichen Kampagnen von der Mehrzahl der Menschen in beiden deutschen Staaten abgelehnt wurden bzw. für die meisten von geringer Akzeptanz und Glaubwürdigkeit waren.

Das Fiasko dieser Art von Krisenbewältigung, die im Frühjahr 1961 ihren Höhepunkt erreichte, führte sicherlich mit zum Offenbarungseid der SED vom 13. August 1961. Hier zeigte sich aber auch noch einmal mit aller Deutlichkeit die fatale Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion, die nicht nur chronische Krisen und deren akute Zuspitzungen mitverursachte, sondern auch – zumindest indirekt – die Art und Weise der Krisenbewältigung durch einen vorgegebenen allgemeinen, zuvorderst ideologischen Handlungsrahmen mitbestimmte. Insofern waren die Ereignisse in der DDR mit allen ihren Spezifika Teil einer damals freilich kaum erkennbaren globalen Krise des kommunistischen Systems, das – unglaubliche Erfolge und eine aufsteigende Entwicklungslinie suggerierend – jene inneren Widersprüche verschärfte, die 20 Jahre später folgerichtig zu seinem Untergang führten. Im ganzen blieb die Verschärfung des Propagandakrieges gegen die Bundesrepublik, vor allem in der deutschen Frage, getreues Abbild einer kommunistischen deutschen Systemkrise, die im Untersuchungszeitraum aus einer latenten Phase in ein akutes Stadium getreten war.

HAMBURGER BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER JUDEN * Bd. 18

A. Herzig, I. Lorenz (Hrsg.)
Mitarbeit S. Rohde
Verdrängung und Vernichtung der Juden unter dem Nationalsozialismus
360 S., Lin., DM 38,–
ISBN 3-7672-1173-4
Christians Verlag Hamburg

Historische Darstellungen der Judenvernichtung aus deutscher und aus jüdischer Sicht, die Verdrängung der Juden aus der Gesellschaft, die Deportationen in einzelnen Regionen und die Bewältigungsstrategien in der deutschen Bevölkerung nach 1945 bis heute.

Jahrgang 41 (1993), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1993_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte